

Pressemitteilung vom 06.02.2014

Fraktion vor Ort in Plech: Abgeordnete der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion informierten sich im oberfränkischen Plech über umstrittene Hochspannungstrasse

Müller warnt vor Naturzerstörung, dramatischen Bürgerprotesten und gewaltigen Kosten der Seehofer-Megatrasse

Plech (do). Die Abgeordneten der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Ulrike Müller, Gabi Schmidt und Landtagsvizepräsident Peter Meyer haben sich am Donnerstag im oberfränkischen Plech über die umstrittene Hochspannungstrasse von Sachsen-Anhalt nach Bayern informiert. Claus Meyer, Bürgermeister des Marktes Betzenstein, erklärte, solch eine Trasse mit bis zu 70 Metern hohen und 40 Metern breiten Hochspannungsträgern werde zwischen dem Ortszentrum in Plech und der nur wenige hundert Meter entfernten Autobahn verlaufen. Sie bedeute den „Todesstoß für die Gemeinde“, da hierdurch jegliche Planungssicherheit hinfällig werde – beispielsweise für Erweiterungsbauten der Gastronomie.

Peter Meyer, oberfränkischer Abgeordneter aus Hummeltal, forderte mehr Bürgerbeteiligung bei Entscheidungen von solch großer Tragweite und bezweifelte, dass Ministerpräsident Seehofer nichts von der durch zahlreiche Naturgebiete Frankens geplanten Trasse gewusst habe: „Tatsache ist, dass es in Bayern und wohl auch im Bund kein schlüssiges Konzept zu einer sinnvollen Umsetzung der Energiewende gibt. Deshalb müssen die Menschen hier vor Ort endlich in die Planungen solcher Megaprojekte eingebunden werden. Wir FREIE WÄHLER wollen von der Staatsregierung nun darüber informiert werden, wer wann was wusste und haben dazu im Landtag entsprechende Anfragen und Dringlichkeitsanträge gestellt.“

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Agrarexpertin Ulrike Müller warnte vor Naturzerstörung, heftigen Bürgerprotesten und den gewaltigen Kosten der jetzigen Planung: „Es ist politisch gewollt, dass der Strom aus dem Norden kommt und wir Steuerzahler künftig für dessen Transport auch noch teuer bezahlen müssen. Während mit der geplanten Trasse in erster Linie die Interessen der Braunkohle-Lobby bedient werden, zieht man gleichzeitig beim modernsten Gaskraftwerk Bayerns in Irsching den Stecker. Anstatt umweltfreundliche Gaskraftwerke auszulasten, wird die extrem umweltbelastende Kohleverstromung aus den Abbaugebieten der neuen Bundesländer nach Bayern weiter vorangetrieben.“ Das sogenannte „Trassen-Moratorium“ der Staatsregierung sei ohnehin nichts anderes als ein „wahltaktischer Winkelzug“, sagte die sozialpolitische Fraktionssprecherin Gabi Schmidt. „Genau wie bei der 10H-Regelung zur Begrenzung von Windradstandorten gibt es auch hier nur einen einzigen Grund für den Schlingerkurs von Seehofer und Co.: Sie fürchten ein schlechtes Abschneiden der CSU bei den bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen. Tatsächlich steht die Trasse längst fest – ohne den entschiedenen Widerstand breiter Bürgerbündnisse wird sie nicht mehr zu verhindern sein.“